



Ausgangsbescheinigungen, Migranten, Schmuggel... die Gendarmerie kontrolliert ständig.

Nachdem sie sich von Freitag bis Sonntag zurückhaltend verhalten hatten, führten die Dienststellen der Gendarmerie gestern Morgen an der Mautstelle Pamiers an der A 66 eine große Kontrolle durch. Auf dem Menü: Überprüfung von Ausgangsbescheinigungen, aber nicht nur.

Es wurde nicht versprochen, dass die Sicherheitskräfte (Gendarmerie oder Polizei) während dieses zweiten Lockdowns wohlwollend sind oder sein werden.

„Am Freitag und an diesem Wochenende“, räumt Oberst Christophe Heurtebise ein, „liessen wir die Leute aus den Ferien zurückkommen oder auf die Friedhöfe gehen“. Diese Zeiten sind nun vorbei, und in der okzitanischen Region wollten die Präfekturen dies bekannt machen, indem sie gestern Vormittag massive und weithin publik gemachte Kontrollen organisierten.

Kurz vor 10 Uhr morgens übernahmen Gendarmen der PSIG (Peloton de surveillance et d'intervention de la gendarmerie) und der EDSR (Escadron départemental de sécurité routière) die Mautstelle Pamiers an der A66. Mit Ausnahme von Lastkraftwagen, Rettungsdiensten und Taxis mussten alle Autofahrer ihre Ausgangsbescheinigung vorzeigen.

Weniger als 10 Strafen auf 122 Kontrollen

Vor Ort will auch der Stabschef der Präfektur, Yohann Saturnin de Ballagen, die entschlossene Haltung der Regierung vermitteln. „Es gibt zwei grundlegende Prioritäten für diese Kontrollen: den gesundheitlichen Notstand und den terroristischen Notstand“. Der Gruppenkommandant fuhr fort: „Zu diesen Kontrollen gehören auch einige unserer traditionellen Missionen, wie der Kampf gegen das Fahren ohne Führerschein, ohne Versicherung, unter Alkohol- oder Drogeneinfluss“.

Seit Freitag haben die Gendarmen des Departements 122 Kontrollen durchgeführt, die zu weniger als zehn Geldstrafen geführt haben. Diese Kontrollen werden, warnt Yohann Saturnin de Ballagen, „während der gesamten Dauer des Lockdowns aufrechterhalten werden. Wir müssen nach wie vor Versammlungen und Bewegungen einschränken, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen“.